Stand: 15.12.2025 19:32:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12728

"Pflege in Bayern - häusliche, ambulante und stationäre Altenpflege"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12728 vom 10.08.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016

Initiativdrucksache 17/12728 vom 10.08.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Hermann Imhof
Abg. Ruth Waldmann
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Ulrich Leiner
Abg. Dr. Thomas Goppel
Abg. Kathi Petersen
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Bernhard Seidenath
Staatsministerin Melanie Huml

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Interpellation der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Pflege in Bayern - häusliche, ambulante und stationäre Altenpflege
(Drs. 17/12728)

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Herr Prof. Dr. Bauer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, die Frau Ministerin hat sich entschuldigt. Sie kommt etwas später. Das ist völlig akzeptabel. Ich weiß, dass es Tränen gibt, wenn man Kinder verlassen muss. Deswegen habe ich volles Verständnis, dass sie erst später kommt. Richten Sie ihr das bitte aus. – Nichtsdestoweniger möchte ich mich auch an die Frau Staatsministerin persönlich wenden und mich bei ihr und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die Bearbeitung unserer Interpellation bedanken. Dabei möchte ich besonders positiv die zum großen Teil aussagekräftigen Ausführungen, die offen angesprochenen Probleme und Differenzen im Bereich der Pflege sowie die ehrlichen Antworten hervorheben. Herzlichen Dank für diese sehr gute Arbeit.

Die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir in der Pflege in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gegenüberstehen werden, sind gewaltig. Deshalb heißt es gleich zu Beginn unserer Interpellation: "Pflege ist eines der bedeutendsten, aktuellsten und brisantesten Themen unserer Gesellschaft." – Die Qualität der Pflege steht und fällt mit der Leistung, aber auch mit der Anzahl der Pflegekräfte. Pflegekräfte, die engagiert sind und auf qualitativ hohem Niveau arbeiten, brauchen insbesondere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit, die sie motivieren. Sie brauchen keine zunehmende Arbeitsverdichtung und keine Demotivation. Eine weitere Verschlechterung der

Rahmenbedingungen in der Pflege hätte verheerende Folgen für uns alle. Das muss uns allen bei den Entscheidungen bewusst sein.

Die Bertelsmann Stiftung prognostiziert in der Studie "Pflege 2030", auf die auch die Staatsregierung in ihrer Antwort eingeht, eine Versorgungslücke in Höhe von rund 14.000 Vollzeitäquivalenten in der ambulanten Versorgung und knapp 48.000 Vollzeitäquivalenten in der stationären Versorgung. Dieses Ergebnis ist höchst besorgniserregend, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das schreit förmlich nach einer Lösung. Der Handlungsbedarf ist also offenkundig.

Trotzdem zeichnen sich keine sichtbaren Verbesserungen ab. Klare, zukunftsfeste Konzepte sind nicht erkennbar. Aus diesem Grund haben wir FREIE WÄHLER uns zur Erarbeitung der vorliegenden Interpellation entschlossen; denn wir benötigen für sachgerechte Entscheidungen zunächst die tatsächlichen Zahlen und Fakten. Auf dieser Grundlage können wir dann sinnvolle und zielorientierte Lösungen erarbeiten. Mein Wunsch wäre, dass wir das gemeinsam erarbeiten.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich für die engagierte Unterstützung durch die Pflegefachverbände und durch viele einzelne Pflegekräfte bedanken – Hermann, du hast die Zuschriften auch bekommen –; denn ohne ihre Mithilfe und ohne ihre Berichte direkt aus dem Inneren der Pflege wäre diese Interpellation in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen.

Wie wichtig es ist, die Situation in der Pflege endlich zu verbessern, zeigt sich ganz deutlich an der Fachpflegequote. Bei uns gilt die Regel, dass bei mehr als vier pflegebedürftigen Bewohnern mindestens jede zweite Pflegekraft eine Fachkraft sein muss. Das ist eine sehr sinnvolle Regelung. Dies dient dazu, die Qualität der Pflege auf einem hohen Niveau sicherzustellen; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Fachkräftemangel in der Pflege darf nicht dazu führen, dass die Pflege nicht mehr auf die Art und Weise erledigt werden kann, die ein pflegebedürftiger Mensch erwarten darf. Pflege muss immer den Menschen in den Mittelpunkt stellen!

Die Antwort der Staatsregierung auf diese Fragen ist jedoch ernüchternd. Im Jahr 2012 wurde bei 144 stationären Einrichtungen die Nichteinhaltung der Fachquote festgestellt. Im Jahr 2013 waren es 143 Einrichtungen, im Jahr 2014 – das sind die letzten Zahlen – bereits 166 Einrichtungen. Die Situation hat sich also mit den Jahren verschlimmert. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben.

Die Vorgaben für die Pflegefachkraftquote sind nicht einfach unverbindliche Meinungen oder Bekundungen, sondern rechtlich verpflichtende, verbindliche Vorgaben, die kontinuierlich und über Jahre hinweg nicht eingehalten wurden. Dieser Zustand ist höchst bedenklich und nicht zu akzeptieren. Das schreit aus sozialpolitischer Sicht nach einer Lösung. Woran liegt das? – Es gibt zu wenig Fachkräfte. Diese Situation verschlimmert sich von Tag zu Tag. Wir haben diese Binsenweisheit an dieser Stelle schon öfter thematisiert. Es ist deshalb dringend notwendig, mehr Menschen für die Pflegeberufe zu begeistern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das bedeutet aber auch, dass diese Berufe viel attraktiver ausgestaltet werden müssen und die Rahmenbedingungen möglichst optimal gefasst sein müssen. Die bisherigen Maßnahmen sind offenkundig nicht ausreichend. Sie sind teilweise sogar gescheitert.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, warum die Staatsregierung die Einrichtung einer echten bayerischen Pflegekammer ablehnt und dies in der Interpellation auch noch deutlich formuliert. Schon bei der Expertenanhörung des Jahres 2012 – ich erinnere daran: Minister Söder war damals für die Pflege verantwortlich – lautete der Titel der Fachanhörung "Ausgestaltung einer bayerischen Pflegekammer". Damals stand nicht das "Ob" zur Diskussion, sondern nur das "Wie". Heute haben wir eine Rolle rückwärts gemacht. Jetzt wird das "Ob" infrage gestellt. Das verstehen wir FREIE WÄHLER nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In jener Anhörung wurde vom Vertreter des Deutschen Pflegerates erklärt – er zitierte dabei das Bundesverfassungsgericht –, dass durch die Übertragung hoheitlicher

Funktionen auf eine Kammer Kräfte aktiviert werden sollen, um gesellschaftlichen Gruppen die Regelung von Aufgaben eigenverantwortlich zu ermöglichen, die sie selbst betreffen und die sie selbst am besten und sachkundigsten lösen können. Das ist der zentrale Punkt einer Kammerkonstruktion. Genau das ist in der Pflege dringend notwendig. Die gesellschaftlichen Kräfte müssen aktiviert werden, um die erforderlichen Verbesserungen und Veränderungen in der Pflege voranzubringen und Lösungen herbeizuführen. Die Pflegekräfte müssen in der Lage sein, mit den anderen Akteuren im Gesundheitswesen – das ist ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt – auf Augenhöhe selbstbewusst zu verhandeln.

Der Gesetzentwurf, der jüngst vonseiten der Staatsregierung eingereicht wurde und zu dem ich für die FREIEN WÄHLER Stellung genommen habe, ist jedoch ein Schlag in das Gesicht der Pflegekräfte in Bayern. Anstatt einer selbstbestimmten Pflegekammer – ich erinnere noch einmal daran: Vor Jahren hat es der Minister Söder auch in einer Pressemeldung so angekündigt und propagiert – ist nun das Konstrukt eines Gängelbandes der Staatsregierung entstanden. Dies führt zu einer Dominanz von oben. Auf eine verbindliche Mitgliedschaft aller Pflegekräfte wird verzichtet, sodass diese Vereinigung – das ist ein weiterer Punkt – nicht für alle professionellen Pflegekräfte sprechen kann. Das ist einfache Logik und Lebenserfahrung. Unter diesen Bedingungen werden niemals 100 % der Pflegekräfte freiwillig beitreten.Die Folge ist, dass sie nicht für alle Pflegekräfte sprechen kann. Deshalb kann auch nicht die Rede von einer starken Stimme für die Pflege sein. Wirksame Entscheidungen können aber nur getroffen werden – das kommt noch dazu –, wenn das Ministerium diese umsetzt, ansonsten würde die demokratische Legitimation fehlen, so der vorliegende Gesetzentwurf.

Eine weitere Regelung in diesem Gesetz macht eine selbstbestimmte Interessenvertretung in dem Konstrukt der Staatsregierung unmöglich: der gesetzlich vorgeschriebene Beirat. Er soll zur Hälfte aus Vertretern von Einrichtungen bestehen, und der Vorsitzende soll vom Gesundheitsminister, also von der Exekutive, bestellt werden.

Dadurch wird ein fachfremder Einfluss geschaffen, der eine wirksame Vertretung der Interessen der Pflegekräfte unmöglich macht. Aus diesem Grund verwundert es auch nicht, dass bei keiner anderen klassischen Berufskammer eine solche Gängelung von oben herab besteht oder überhaupt nur angedacht wäre. Es ist auch richtig so, dass das so nicht gemacht wird. Der Einfluss der Einrichtungsträger und des Ministeriums erhöht sich weiterhin dadurch, dass das Votum des Beirats in den wichtigen Fragen der Fort- und Weiterbildung für die Fachkräfte zwingend berücksichtigt werden muss. So steht es im Gesetzestext.

Um dem Ganzen aber die Krone aufzusetzen, ist das Wohl und Wehe dieses Konstrukts auch finanziell vollkommen von der Staatsregierung abhängig, die von der Mehrheitsfraktion getragen wird. Klassische berufsständische Vertretungen werden durch Beiträge ihrer Mitglieder finanziert. Das führt zur Unabhängigkeit von Ministerien, von der Exekutive. Das ist doch, Kolleginnen und Kollegen der CSU, der große Vorteil einer Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer mit Pflichtbeiträgen: Man gewinnt dadurch ein großes Stück Unabhängigkeit und Freiheit. Das nehmen Sie aber von diesem Konstrukt der Pflege weg. Sie meinen es als Kritik, wenn Sie sagen, da entstehen Pflichtbeiträge, aber hier liegt der Schlüssel für mehr Freiheit und mehr Selbstbestimmung. Das wollen wir FREIEN WÄHLER für die Pflegekräfte erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie es jetzt geregelt ist, hängen diese Zuschüsse von den alle zwei Jahre zu treffenden Entscheidungen für den Haushalt ab und – ohne hier etwas unterstellen zu wollen – dann wohl auch von der "guten Führung" der Vereinigung ab und darüber hinaus – bitte bedenken Sie dies, gerade angesichts der Themen, die wir vorhin in der Aktuellen Stunde diskutiert haben – von der politischen Großwetterlage. Es ist nicht festgeschrieben, dass die politische Großwetterlage so bleibt, wie sie jetzt ist.

Echte Selbstbestimmung für die Pflege sieht anders aus. An den anderen Kammern für Apotheker, Ärzte usw. kann man das klar erkennen. Aus diesem Grund bin ich sehr

erfreut, dass wir FREIEN WÄHLER zusammen mit den GRÜNEN – herzlichen Dank dafür, lieber Uli – eine Expertenanhörung zustande gebracht haben. Dank auch an die SPD- und die CSU-Fraktion, die sich angeschlossen haben. Dadurch wird die Möglichkeit eröffnet, dieses ganze Konstrukt noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Ich erwarte mir von den Experten, von ihrer Sachkompetenz, dass diese gravierende Fehlentwicklung noch verhindert werden kann. Noch ist es Zeit, den Hebel umzulegen. Noch ist es Zeit, die Weichen richtig zu stellen. Das erwarte ich mir von der Expertenanhörung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was will man schon erwarten, wenn ein Ministerium wenig Wert auf die Fachkompetenz im eigenen Haus legt? – Im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gibt es nach den Angaben in der Antwort der Staatsregierung gerade einmal zwei Stellen mit pflegefachlicher Expertise. Dabei wird leider gar nicht darauf eingegangen, um welche Qualifikationsebene es sich handelt. Ich bitte Sie deshalb, die Information, in welcher Qualifikationsebene sich diese Mitarbeiter befinden, als Ergänzung zur Interpellation noch nachzuliefern. Es ist ganz wichtig, dass wir das wissen; denn dann sehen wir, welchen Einfluss und welche Gestaltungsmöglichkeiten diese Mitarbeiter haben.

Die negative Einstellung der Staatsregierung zeigt sich auch bei der Beantwortung der Frage nach der Haltung der Staatsregierung zu den unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern, zu den Pflegezeiten und zum Personalschlüssel. Es kann doch nicht angehen, dass eine Pflegehandlung in einem Bundesland mehr Zeit in Anspruch nehmen darf als in einem anderen. Ausschlaggebend müssten doch immer die individuellen Pflegebedürfnisse der zu Pflegenden sein, unabhängig vom Bundesland. Diese Einsicht hätte ich von der Staatsregierung erwartet. Eigentlich habe ich vorausgesetzt, dass Sie das so klar ausdrücken.

Ein wichtiges Problem für die ambulanten Pflegedienste gerade im ländlichen Raum sind die längeren Wegstrecken, die zum einen mehr Zeit erfordern, zum anderen höhere Kosten verursachen, beispielsweise durch die Kraftstoffkosten. Die Vergütung

der Fahrtkosten ist gegenwärtig nicht ausreichend. Das kritisieren wir FREIEN WÄHLER an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich. Es ist schon erstaunlich, dass die Staatsregierung davon ausgeht, dass es hier keine Probleme gibt, weil keine Schiedsverfahren eingeleitet wurden. Hier zeigt sich deutlich entweder die mangelnde Fachkompetenz oder der fehlende Wille zum Verständnis. Bitte bedenken Sie, wenn wegen aller Finanzierungsmängel Schiedsverfahren angestrengt würden, käme die Pflege wohl völlig zum Erliegen. Darüber hinaus muss man auch berücksichtigen, dass die Macht der Gegenseite, der Kassen, bedacht werden muss, wenn man etwas durchsetzen will.

Ich sehe, die Zeit ist schon sehr weit fortgeschritten, weshalb ich ein bisschen abkürzen muss. Ich komme deshalb zur Zusammenfassung unserer Forderungen aufgrund der Antwort der Staatsregierung:

Erstens. Wir brauchen eine echte Pflegekammer. Wir FREIEN WÄHLER haben das nötige Vertrauen in die Pflege und sind fest davon überzeugt, dass eine starke Stimme der Pflege nur mit einer echten Pflegekammer erreicht werden kann.

Zweitens. Wir brauchen eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege. Dazu müssen eine bessere Bezahlung, aber auch bessere Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten geboten werden.

Drittens. Wir brauchen eine gesetzliche Personalbemessung, um die zunehmende Arbeitsbelastung der Pflegekräfte zu mindern, damit wir gleichzeitig den Beruf attraktiver gestalten können.

Viertens, dieser Punkt ist mir besonders wichtig: Wir brauchen eine Fachkraftquote in der Nacht, die auch eingehalten werden muss. Es muss alles dafür getan werden, damit auch die Fachkraftquote in der Nacht sichergestellt ist.

Fünftens. Wir brauchen eine deutliche Beschleunigung der Entbürokratisierung in der Pflege. Dazu gehört zum einen die verbesserte Zusammenarbeit zwischen MDK – Me-

dizinischer Dienst der Krankenversicherungen in Bayern – und Heimaufsicht, und zum anderen brauchen wir Anreize für die Pflegeheime und für die ambulanten Pflegedienste zur Teilnahme an erfolgversprechenden und vor allem rechtssicheren Entbürokratisierungsmaßnahmen.

Pflege geht uns alle an, früher oder später. Die Profession Pflege ist das soziale Gesicht und das soziale Gewissen Bayerns. Ziel der Pflegepolitik der FREIEN WÄHLER ist es, den Sozialstaat Bayern zu erhalten und zu stärken. Mitmenschlichkeit, Mitgefühl und Empathie dürfen nicht wegen finanzieller Engpässe auf der Strecke bleiben. Arbeiten wir gemeinsam an diesem Ziel! Wir FREIEN WÄHLER sind dazu bereit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Imhof von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hermann Imhof (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Bauer, ich fange mit der Anerkennung für die Fraktion der FREIEN WÄHLER an; denn ich meine in der Tat, es hilft uns allen, dass es diese Interpellation gibt, nicht nur deswegen, weil du zu Recht gesagt hast, wie notwendig es ist, das Thema Pflege mehr und mehr in das Bewusstsein zu rücken, nicht nur der Politiker, sondern der Gesamtgesellschaft. Ich glaube, auf Dauer haben wir hier ein wertvolles Nachschlagewerk, und zwar nicht, um darin zu blättern, sondern um Impulse aufzunehmen. Deshalb mein ganz ausdrücklicher Dank an die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Dankeschön geht auch an die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsausschuss, die es unter sehr sachorientierter Führung der Vorsitzenden und ihres Stellvertreters schaffen, in den wichtigen Themen überwiegend einen Konsens herzustellen. Der liegt bei 80 bis 90 %, vielleicht verschätze ich mich da auch. Ich finde, es ist wichtig, nach draußen zu dokumentieren: Ja, da sitzen Kolleginnen und Kollegen, die

sind an der Sache, also am Menschen, interessiert und versuchen, die Weichen zu stellen, wenn auch im politischen Wettbewerb.

Ich danke auch dem Gesundheitsministerium. Ich habe mich mit dieser Interpellation ausführlich beschäftigt. Herr Dr. Opolony und seine Mitarbeiter sind auch im Raum. Ich glaube, Sie sind mit dieser Interpellation unglaublich sorgfältig umgegangen; das zeigen auch die Antworten. Das belegt auch, wenn Sie sagen, diese Fragen können wir noch nicht beantworten, denn da stellen sich auch uns noch Fragen, oder: Das hängt mit dem Bund zusammen. – Auch Ihnen ein Dankeschön.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung war in der Bundesgesetzgebung ganz maßgeblich an allen wichtigen Punkten vorne mit dabei, ob das die Pflegestärkungsgesetze sind oder die Fragestellung der Refinanzierung echter tariflicher Kosten, die die Ministerin bei Herrn Gröhe initiiert hat. Ich sage das nicht als Selbstlob.Es ist wichtig und dem Stellenwert der Sache angemessen, dass wir ein Ministerium für Gesundheit und Pflege haben.

Ich sage da auch zu meiner Funktion – in der Interpellation stehen alle Antworten, und Sie können gerne weiter nachfragen – als Patienten- und Pflegebeauftragter: Ich freue mich über die große Akzeptanz im Land: Es hat etwas mit Vertrauen zu tun, wenn die Beteiligten sich entsprechend beim Patienten- und Pflegebeauftragten rückkoppeln, der doch vom Ministerpräsidenten ein ganzes Stück Unabhängigkeit zugesprochen bekommen hat.

Herr Kollege Bauer, Sie haben zu Recht gesagt, was die zentralen Dinge sind und warum es zu wenige Fachkräfte gibt. Ich sage Ihnen: Das eine hängt mit dem anderen unmittelbar zusammen. Es gibt deswegen zu wenige Fachkräfte und eine zu geringe Nachfrage nach dieser Ausbildung, weil die Rahmenbedingungen nach wie vor unzureichend sind. Sie sind unzureichend. Ich behaupte, dass junge, hoch motivierte, engagierte, empathische, fachlich kompetente Leute für diesen Beruf viel schneller – natürlich nicht über Nacht, nicht morgen – gewonnen werden könnten, wenn diese

Rahmenbedingungen deutlich verbessert würden. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Deswegen bin ich der Frau Ministerin auch dankbar dafür, dass sie die Frage des Personalschlüssels – im Krankenhaus heißt das Personalbemessung – im Landespflegeausschuss und in den Kommissionen, auch im Bund, immer wieder diskutiert. Das ist doch das A und O. Wenn sich die Pflegekräfte die Seele aus dem Leib rennen, meine Damen und Herren, und am Ende ihrer physischen und psychischen Kräfte sind, brauchen wir uns doch nicht darüber zu wundern, dass in den Familien die Frage deutlich gestellt wird: Soll mein Kind in einen so schwierigen Beruf gehen? – Pflegekräfte sind tatsächlich bei all der positiven Erfahrung, die sie mit nach Hause nehmen, oft am Ende ihrer Kräfte.

(Beifall bei der CSU)

Diese Erfahrung mache ich jeden Tag in diesem Land. Deswegen sage ich als Allererstes den Pflegekräften meinen Dank und spreche ihnen meine Anerkennung aus. Wir müssen die Rahmenbedingungen und den Personalschlüssel weiter in Angriff nehmen. Bayern steht zwar in der Bundesrepublik an erster Stelle und ist deutlich besser als viele andere. Aber, Frau Ministerin, ich glaube, wir beide bleiben dran. Das gilt übrigens auch für die Träger. Ich lasse es nicht durchgehen, meine Damen und Herren, wenn mir Träger sagen: Wir bekommen sowieso keine Kräfte; wieso sollen wir den Personalschlüssel verbessern? – Wenn die Träger die Politik erst auffordern und von den erreichten Möglichkeiten nur begrenzt Gebrauch machen, ist das in höchstem Maße kontraproduktiv.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Bei der Gewinnung von Fachkräften müssen wir den Fünf-Punkte-Plan der Ministerin, den die Kollegen aus dem Fachausschuss im Einzelnen kennen, mit Vehemenz weiterverfolgen. Wir müssen die Herzwerker-Kampagne weiterführen; sie war sehr, sehr erfolgreich. Wir müssen sie vielleicht noch stärker differenzieren. Das ist der eine Punkt.

Ein weiterer Punkt ist mit Sicherheit die Entbürokratisierung. Wir sind schon mitten drin: Eine frühere bayerische Sozialministerin, Frau Christa Stewens, steht mit an der Spitze dieser Bemühungen. Sie versucht, zusammen mit den Beteiligten – später kann sich keiner mehr rausreden, Kolleginnen und Kollegen –, den Kostenträgern, den Einrichtungsträgern, den Leistungsträgern eine Entbürokratisierung im Land hinzukriegen, die diesen Namen tatsächlich verdient. Ich bin, ehrlich gesagt, ein Stück weit optimistisch, dass das gelingt, weil jetzt alle am gleichen Strang ziehen. Wenn die Pflege dann Zeit, Luft und Atem für ihre tatsächlichen Aufgaben hat, dann kann man von einer gelungenen Entbürokratisierung sprechen, die den Kräften Zeit lässt, sich wirklich um die Menschen zu kümmern.

Ein Drittes, und auch das ist ein Musterbeispiel für die Arbeit in diesem Haus, im Gesundheitsausschuss: Wir haben endlich – ich weiß, es ist schon sehr spät – die Umlage hinbekommen, die seitens Bayern initiiert wurde. Damit meine ich: Wir lassen diejenigen, die nicht bereit sind auszubilden, sich also dieser wichtigen Aufgabe entziehen, in Zukunft eine Umlage bezahlen. Diese Umlage fließt in die Finanzierung einer späteren Generalistik hin, zu der ich sagen kann: Die CSU-Fraktion steht voll und ganz hinter einer generalistischen Ausbildung, weil die Erfordernisse, die auf die Pflege zukommen, dies bedingen. Ich weiß, dass es da noch Fragezeichen gibt, dass noch nachjustiert werden muss; ich kenne die Ängste der Altenpflege. Aber es führt kein Weg daran vorbei, die Frage der Professionalität in der Generalistik stärker zum Ausdruck zu bringen.

Es geht auch um ausländische Kräfte. Es wird nicht die Lösung der Probleme im Land sein, ausländische Kräfte zu rekrutieren, aber wir brauchen sie, und natürlich müssen wir an dem Projekt "Triple win" teilnehmen. Wir müssen darauf achten, dass das Sprachniveau in Ordnung ist. Es nützt uns überhaupt nichts, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir dann auf den Stationen eklatante Fehler in der Kommunikation mit Betroffenen und Angehörigen erleben. Wir brauchen ein hohes Sprachniveau, und die

Frage der Anerkennung ausländischer Qualifikationen wird ein Stück weit bei den Regierungen nun forciert. Sie erhalten personelle Verstärkung; das ist notwendig!

Meine Damen und Herren, eine Vereinbarung zur fairen und gerechten Bezahlung steht kurz bevor. Seit zwei Jahren kümmere ich mich in meinem Job speziell darum. Ich bin der Meinung: Wenn wir uns jetzt mit – da habe ich nie Vorbehalte – Ver.di, der Arbeiterwohlfahrt, mit den großen Verbänden wie dem BRK zusammenschließen, um einen flächendeckenden Ausbildungstarifvertrag hinzukriegen, sollten wir das schaffen. 1.000 Euro sind da nicht zu viel. In der Industrie, in der Wirtschaft verdienen die jungen Leute mindestens so viel. Wertschätzung hat etwas mit exzellenter Bezahlung zu tun. Ich bin optimistisch, dass wir nächste Woche einen Aufschlag machen. Das Verfahren hat jetzt zwei Jahre gedauert – es hätte nur ein Jahr sein sollen. Die Ver.di-Leute, der Landesverband der Arbeiterwohlfahrt, das Bayerische Rote Kreuz sind dabei, und die kirchlichen Verbände stehen dem Anliegen jetzt positiv gegenüber.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind für mich noch die pflegenden Angehörigen. Wir hatten hier im Maximilianeum einen Tag der pflegenden Angehörigen, an dem 250 Menschen teilgenommen haben. Die Kolleginnen und Kollegen, die dabei waren, haben mir danach gesagt: Es war wichtig, dass dieser Tag stattgefunden hat. Ich sage Ihnen ganz offen: Die massive Betroffenheit und die Befindlichkeiten von pflegenden Angehörigen in ihrem Dilemma zu erleben, waren ein starker Eindruck. 70 % pflegen noch zu Hause, sie übernehmen die Hauptpflegeleistung. Da müssen wir weiter stärken, weiter stützen. Da brauchen wir einen weiteren Ausbau von Tagespflege, von Kurzzeitpflege, und – das ist meine Vision, die ich auch bei den FREIEN WÄHLER schon gehört habe – wir müssen zusehen, dass wir ähnliche Rahmenbedingungen wie bei der Kinderbetreuung entwickeln. Die Pflegenden brauchen nicht nur ein bisschen mehr Rentenversicherung, sondern echte Unterstützung in Form eines Pflegegeldes.

(Beifall des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Das ist jedenfalls angedacht. Das sage ich Ihnen ganz konkret; diese mittelfristige Lösung kostet sehr viel Geld. Ich sage das frank und frei. Aber wir müssen die Pflegenden gleichbehandeln, und wir haben die Gesellschaft auch seinerzeit im Nacken – das meine ich im positiven Sinne – gehabt, als es um den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ging. Dieselbe Entwicklung stelle ich mir für das Bewusstsein unserer Gesellschaft vor, um für diejenigen etwas zu tun, die jeden Tag über viele Jahre hinweg am Bett stehen, den Rollstuhl schieben, liebevollste Pflege leisten. Wir brauchen die Angehörigen an unserer Seite; ohne sie geht überhaupt nichts, Kolleginnen und Kollegen. 70 % der Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt.

Die Pflegeberatung, so gut sie ist, wird jetzt um die kommunale Beratung ergänzt. Die Bürgermeister und die Gemeinderäte wissen am allerbesten, was sich in der Infrastruktur einer Gemeinde abspielt und was noch benötigt wird. Wir müssen die Pflegestützpunkte, egal in welcher Form, ganzheitlich ausbauen. Nennen wir die Sache einmal beim Namen, wenn ich auch weiß, dass das ein Stück tabu ist. Daran führt kein Weg vorbei. Die Modelle sind zwar gut und schön, aber wir müssen vor allem den Ausbau forcieren. Ohne diese Dinge wird es in Zukunft nicht gehen.

Insgesamt, Kolleginnen und Kollegen, stellt sich die Frage, was uns eine menschenwürdige, eine humane Pflege wert ist. Umgekehrt gilt auch die Frage: Was sind uns die Pflegekräfte in unserem Land wert? Wenn uns die Pflegekräfte in unserem Land das wert sind, was wir verbal immer wieder artikulieren, dann ist auch dort in jeder Weise eine Verbesserung der Leistungen und der Rahmenbedingungen notwendig.

In dem Sinn danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich könnte den ganzen Tag über Pflege reden. Ich tue das leidenschaftlich gern und glaube, dass die Pflege zum zentralen Thema im Land werden muss. – Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Waldmann von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich erst mal für die Initiative dieser Interpellation und die umfangreiche Beantwortung bedanken. Ich glaube, es ist gut, dass wir eine gemeinsame Bestandsaufnahme haben, über die wir reden können.

In einer solchen Aussprache besteht aber gleichzeitig auch ein gewisses Dilemma; denn es geht um alles. Auch wenn die Redezeiten ein wenig verlängert worden sind, ist es natürlich in einer Debatte schwierig, im Schweinsgalopp durch alle wichtigen Punkte des Zukunftsthemas Pflege durchzukommen. Ich glaube, von diesem Anspruch müssen wir uns alle wahrscheinlich verabschieden und stattdessen die wichtigsten Punkte herausgreifen. Wir haben ja die Interpellation und die Antworten als Material.

Bei den Wünschen, die die Menschen zur Zukunft der Gesellschaft haben und die sie auch für ihre persönliche Zukunft benennen, steht ein Thema immer ganz oben: Die meisten Menschen wünschen sich, im Alter möglichst lange selbstbestimmt zu Hause leben zu können. Außerdem möchten sie auch, dass ihre Eltern und später auch sie selber einmal in gute Hände geraten, wenn sie pflegebedürftig sind. Sie wünschen sich auch in Pflegeeinrichtungen möglichst lange möglichst viel Selbstbestimmung und Freiräume. Das ist einer der zentralen Lebenswünsche und eine der Erwartungen, die die Bürger an uns haben, und deswegen auch eine unserer wichtigsten Aufgaben, die wir politisch zu lösen haben.

Gleichzeitig besteht aber kein Zweifel daran, dass der Aufwand und die Kosten für die Pflegeleistungen in der Zukunft deutlich ansteigen werden. Immer mehr Pflegebedürftige erwarten zu Recht eine gute Versorgung in Würde und Selbstbestimmung. Das heißt, dass die Politik in Land und Bund gemeinsam Lösungen schaffen muss und auch, dass es dabei gerecht zugehen muss.

Nur wenn der Pflegeberuf deutlich attraktiver wird, werden auch mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen. Wir stellen aber fest, dass die Verweildauer im Beruf leider sehr kurz ist. Viele Menschen haben sich auf den Weg gemacht, haben die schwierige und langwierige Ausbildung auf sich genommen, haben Erfahrungen gesammelt und entscheiden sich dann nach einiger Zeit doch dafür, aus diesem Beruf auszusteigen, weil sie es nicht mehr schaffen, weil ihnen die Belastung zu hoch wird. Oft ist dies auch eine Doppel- und Mehrfachbelastung, weil hauptsächlich Frauen als Pflegende in diesen Berufen tätig sind, die gleichzeitig daheim eine Familie mit kleinen Kindern und/oder vielleicht pflegebedürftig werdende Eltern und sonstige Angehörige haben. Dieser Beruf ist auch noch zusätzlich belastend durch die Schichtarbeit, durch die Zunahme der Arbeitsdichte und der Aufgaben.

In der Interpellation ist bislang nur zu den Abbrüchen in den Ausbildungen Stellung genommen worden. Diese wurden für vergleichsweise unauffällig erklärt, weil es auch in anderen Ausbildungsberufen Abbrüche gibt. Das Thema der Verweildauer im Beruf ist aber noch nicht ausreichend abgebildet.

Neben der Tatsache, dass wir junge Menschen aktiv ansprechen müssen, dass wir Patenschaften zwischen Schulen und Pflegeeinrichtungen brauchen, wollen wir auch der Generation mittleren Alters, besonders Frauen nach der Familienphase, nach der Kindererziehungsphase, den Einstieg in die Pflege als zweiten Berufsweg eröffnen. Ich meine, hierin liegt ein großes Potenzial.

Gleichzeitig ist klar: An der Fachkraftquote von 50 % im stationären Bereich und von 80 % im ambulanten Bereich dürfen wir nicht rütteln; denn eine gute Pflege bekommen wir nur mit mehr Personal, nicht mit weniger. Deswegen müssen wir auch darauf achten, dass die Pflegehilfskräfte nicht durch weniger Fachkräfte kompensiert werden. Das ist auch ein ganz zentraler Punkt.

Meine Kollegin Kathi Petersen wird gleich noch etwas zu dem Themenbereich Ausbildung, Pflegeberuf und Bezahlung sagen. Etwas ist aber ganz eindeutig; das kann man

nicht weglassen: Entscheidend ist die Aufwertung des Pflegeberufes hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das gilt sowohl für die Kranken- als auch für die Altenpflege. Natürlich brauchen wir auch die gebührenfreie Aus- und Weiterbildung.

Bislang werden zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, etwa 50 % davon von den Familienangehörigen allein. Das heißt, dass die Familien in Bayern und auch in Deutschland bislang den größten Teil der Pflegearbeit leisten. Deswegen können wir auch auf die familiäre Pflege in Zukunft keineswegs verzichten. Wir müssen die Angehörigen spürbar entlasten, zum Beispiel durch einen verlässlichen Kündigungsschutz während der Zeit der Pflege in der Familie, eine Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente und auch durch die Möglichkeit von flexiblen Arbeitszeiten; denn sonst ist das nicht zu bewerkstelligen.

Wir brauchen den Ausbau der wohnortnahen und auch quartierbezogenen Pflegeberatung, eine aufsuchende Beratung, die in die Familien geht, und natürlich die flächendeckende Erweiterung von Pflegestützpunkten nach bundesweit anerkannten Standards. Weil den Kommunen durch das Pflegestärkungsgesetz eine größere Rolle zugewiesen wird, was auch sinnvoll ist und auch von uns und von Bayern aus ausdrücklich erwünscht war, weil die Kommunen einfach näher an den Menschen dran sind, dürfen wir die Kommunen mit dieser Aufgabe finanziell nicht alleine lassen. Dies wird ganz entscheidend sein, wenn wir die neuen Pflegestärkungsgesetze umsetzen; denn sonst wird es nichts.

Um die pflegenden Angehörigen zu entlasten, können wir auch die Selbsthilfe verbindlich fördern und künftig auf sichere Füße stellen und einen gesonderten Freistellungsanspruch, zum Beispiel zur Begleitung eines sterbenden Angehörigen, schaffen. Das ist eine Ausnahmesituation. Dafür müssen wir auch extra Freiräume schaffen.

Ich habe schon die bessere Anerkennung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung ähnlich wie bei der Kindererziehungszeit genannt. Das betrifft auch die Betreuung demenzkranker Angehöriger; denn das macht die Sache sehr intensiv und auch sehr

zeitintensiv. Schließlich müssen wir gesetzliche Regelungen für die häusliche 24-Stunden-Pflege im Privathaushalt durch dann eben sozialversicherungspflichtig Beschäftigte statt Arbeitskräften von einem grauen Arbeitsmarkt finden. Diesbezüglich kann man sich zum Beispiel auch das österreichische Hausbetreuungsgesetz ansehen.

Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die ambulanten Pflegedienste. Wenn die ambulante Pflege Priorität haben soll, weil man möglichst lange daheim bleiben will, dann müssen die ambulanten Dienste auch qualifiziert und kostendeckend arbeiten können. Das Entgelt ist aber derzeit nach Pflegestufen festgelegt. Künftig werden es Pflegegrade sein. Es gibt einige Verbesserungen, gerade im Bereich der Demenzbetreuung, aber es bleibt dabei, dass wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Bewertungs-Assessment der Pflegegrade aufmerksam daraufhin beobachten müssen, ob es am Ende auch zu dem gewünschten Effekt führt, nämlich zu einer deutlichen Verbesserung.

Trotz Stärkung der ambulanten Versorgung wird natürlich nach wie vor ein Drittel der Pflege in stationären Einrichtungen erbracht. Auch wenn innovative Wohn- und Pflegeformen in Mehr-Generationen-Projekten, in ambulant betreuten Wohngemeinschaften an Bedeutung gewinnen, werden wir auch in Zukunft Pflegeheime für die Schwerstpflegebedürftigen brauchen. Deswegen müssen wir die Pflegeheime angemessen ausstatten.

Es besteht kein Zweifel, dass der wirtschaftliche Aufwand für Pflegeleistungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ansteigen wird. Am Ende geht es natürlich ums Geld. Ich möchte grundsätzlich ansprechen, dass es uns wichtig ist und wir es für unerlässlich halten, durch die Zusammenführung von privater und sozialer Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung Pflege zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Umstellung der Pflegeversicherung auf ein Kapitaldeckungsverfahren lehnen wir ab, weil sie eine Doppelbelastung der jetzt erwerbstätigen Generationen bedeutet und

weil sie wegen der Risiken auf dem Kapitalmarkt auch deutlich zu unsicher erscheint. Die Pflege der künftigen Generationen muss genauso sicher finanziert werden wie die Rente. Das geht nur durch ein Umlageverfahren. In diese Bürgerversicherung Pflege müssen dann alle gerecht einzahlen, das heißt, auch die Beamten und die Selbstständigen müssen entsprechend ihrer Einkommen beteiligt werden. Die Arbeitgeber müssen sich daran paritätisch beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Die staatliche Förderung privater kapitalgedeckter Pflegezusatzversicherungen lehnen wir ab, weil dies eine indirekte Beitragserhöhung bedeuten und einen deutlich höheren Verwaltungsaufwand nach sich ziehen kann. Vor allem ist klar, dass Leute, die eher gering verdienen, sich selbst bei einer staatlichen Bezuschussung nicht noch eine zusätzliche private Versicherung leisten können. So besteht die Gefahr einer ungerechten Zwei-Klassen-Situation fort.

Ich übergebe jetzt gerne das Wort an meine Kollegin Kathi Petersen, die zu dem Thema Pflegeberufe und Pflegeausbildung noch ein paar Worte sagen will. – Machst du das gleich oder im Anschluss?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Liebe Frau Kollegin Waldmann, das geht leider so nicht. Wir haben eine feste Rednerliste.

Ruth Waldmann (SPD): Das wäre halt sehr elegant gewesen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das wäre sehr elegant; da haben Sie recht.

Ruth Waldmann (SPD): Ich spare ihr jetzt noch etwas Redezeit auf.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. Frau Kollegin Petersen kommt später zu Wort. – Der nächste Redner auf der Liste ist Herr Kollege Leiner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Herr Präsident, ich hätte Frau Kollegin Petersen auch vorgelassen. Aber gut, das geht offenbar nicht. – Wir sprechen heute über die Interpellation der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Auch wir, die Fraktion der GRÜNEN, begrüßen den Fragenkatalog; die Bayerische Staatsregierung hat ihn beantwortet. In der Bewertung der einzelnen Antworten unterscheiden wir uns aber.

Lassen Sie mich einige Vorbemerkungen machen. Kaum ein Bereich des öffentlichen Lebens ist so heterogen organisiert wie die Pflege. In der Regel kann Pflegebedürftigkeit nicht vorausgesehen werden. Die Menschen stellen sich auch ungern auf die Situation ein, dass Pflege plötzlich eintritt. Genau dies spiegelt sich in der politischen Bedeutung der Pflege in Bayern wider. Die Bayerische Staatsregierung hat zwar das Ministerium für Gesundheit und Pflege geschaffen. Doch die jüngsten Ereignisse, zum Beispiel der erzwungene Umzug des Ministeriums nach Nürnberg und die Verweigerung der Einrichtung einer Pflegekammer – die schon beschlossen war! –, zeigen uns, wie einflusslos dieses Ministerium innerhalb der Bayerischen Staatsregierung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen zahnlosen Tiger bei Gesundheit und Pflege brauchen wir nicht. Wir brauchen vielmehr eine starke Stimme für die Pflege, sprich: eine Pflegekammer und ein Ministerium, das seinen großen Aufgaben gerecht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worüber sprechen wir? – Wir haben vermutlich circa – jetzt kommt die Formulierung "vermutlich circa" – 130.000 bis 140.000 professionell Pflegende in Bayern. Die Zahl der Menschen im Freistaat, die in Heimen gepflegt werden, beläuft sich auf circa 106.000, und die Zahl der zu Hause gepflegten Personen auf 223.000, wobei die Tendenz deutlich steigend ist. Von der Gesamtzahl der zu Hause gepflegten Menschen werden rund zwei Drittel allein durch Angehörige und rund ein Drittel – jetzt folgt ein wichtiger Hinweis – zusammen mit ambulanten Pflegediensten oder allein durch diese gepflegt. Damit ist gemeint, dass durch ambulante Pflegedienste nicht die gesamte Betreuung abgedeckt werden kann, wenn die Ange-

hörigen zu Hause sind. Die Zahl der zu Hause Pflegenden wird sich wahrscheinlich noch erhöhen. Wir reden aktuell von über 470.000 Menschen in Bayern, die das Thema Pflege direkt, als Pflegebedürftige, oder indirekt, als Pflegende, betrifft.

Bis zum Jahr 2020 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern um gut ein Drittel erhöhen. Das sind keine Prognosen oder Vermutungen, sondern Zahlen, die feststehen. Daraus folgt, dass wir in der Pflege vor einem riesigen Problem stehen. An diesen Zahlen ist auch zu erkennen, welche Bedeutung die Pflege in unserer Gesellschaft bereits hat und auch in Zukunft haben wird. Die Bayerische Staatsregierung tut nach Ansicht der Fraktion der GRÜNEN deutlich zu wenig, wenn es darum geht, sich den daraus resultierenden Herausforderungen zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis heute kennen wir nach Aussage der Regierung nicht die genaue Zahl der aktiv Pflegenden. Diese zu ermitteln, wäre die erste zu erledigende Hausaufgabe. Zwar liegen entsprechende Studien der Bertelsmann Stiftung vor; diese beziehen sich jedoch auf das gesamte Bundesgebiet und nicht auf die spezielle Situation in Bayern. Die Staatsregierung muss endlich valide Daten erheben, und zwar regelmäßig, um die notwendigen Zahlen zu erhalten.

Bereits im Jahr 2013 haben wir dies gefordert. Damals forderten wir die Staatsregierung auf, umgehend einen bayerischen Pflegemonitor einzurichten, der im zweijährlichen Turnus bei allen Trägern, Diensten und Einrichtungen der Pflege die Daten zum Fachkräftebedarf und zum Bedarf an Auszubildenden erhebt und diese mit den vorhandenen Ausbildungskapazitäten bzw. der Zahl der Auszubildenden abgleicht. Diesem Antrag wurde leider nicht stattgegeben.

Herr Kollege Bauer hat zur Pflegekammer alles gesagt, was dazu zu sagen ist. Eine weitere Bemerkung dazu kann ich Ihnen aber nicht ersparen: Die relevanten Daten wären aus dem Datenbestand einer Pflegekammer leicht zu ermitteln gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Klar ist: Die prognostizierte Lücke an professionellen Pflegekräften wird mit den von der Staatsregierung bisher ergriffenen Maßnahmen nicht geschlossen werden können. Die Herzwerker-Kampagne und der Fünf-Punkte-Plan zur Ausbildung werden bei Weitem nicht ausreichen. Wir brauchen eine hoch qualifizierte, kostenfreie und einheitliche Ausbildung aller Pflegekräfte. Es hat übrigens lange genug gedauert, bis das Schulgeld abgeschafft worden ist. Dafür haben alle Fraktionen, bis auf die CSU-Fraktion, schwer gekämpft.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Dabei ist – Herr Kollege Imhof, in diesem Punkt sind wir uns einig – eine Art der generalistischen Ausbildung vonnöten. Die gemeinsame Grundausbildung aller Pflegekräfte und anschließende Spezialisierung scheint uns der beste Weg zu sein. Wir sind in der Diskussion, stehen aber zu unserer Aussage zur generalistischen Ausbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wir gerade bei der Ausbildung sind: Wir müssen feststellen, dass sie in Bayern sehr heterogen organisiert wird. Von großem Vorteil wären eine staatliche Berufsfachschule für Pflege plus Pflegeausbildung plus praktische Ausbildung in den Einrichtungen mit Praxisanleitung durch wirklich qualifizierte Ausbilder. Daran haben wir großen Bedarf. Wir haben es schon gehört: Einige Betriebe bilden aus, andere nicht. Das sagt aber noch nichts über die Qualifikation aus. Auch bei der praktischen Ausbildung brauchen wir eine deutliche Steigerung der Qualität.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

In diesem Bereich ist in den vergangenen Jahren einiges geschehen. Die Zahl der Schüler, die sich für eine Pflegeausbildung entscheiden, ist – das wissen wir aus der Interpellation –, zumindest was die Altenpflege betrifft, konstant geblieben bzw. sogar leicht gestiegen. Dies bedeutet mitnichten eine Verbesserung der Personalsituation

sämtlicher Einrichtungen; denn die Verweildauer im Beruf ist extrem kurz. Die Zahlen liegen mir vor: In der Altenpflege sind es 8,4 Jahre, in der Krankenpflege sogar nur 7,5 Jahre. Das sind die Verweildauern von Menschen, die eine Ausbildung in diesem Beruf abgeschlossen haben, also examiniert sind. Zudem sind die Krankenquoten in allen Einrichtungen, insbesondere in der Krankenpflege, aber auch in der Altenpflege, extrem hoch, weit höher als in anderen Berufen. Aus alldem folgt die Feststellung, dass viele gut ausgebildete Pflegefachkräfte in andere Berufe wechseln. Genau das können wir uns in dieser Situation nicht leisten.

Kollege Imhof, Ursache für die hohe Fluktuation sind vorwiegend die schlechten Arbeitsbedingungen. Zwar spielt auch die unzureichende Bezahlung eine Rolle; aber als Erstes höre ich immer, dass die Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden müssen. Frau Ministerin, in diese Richtung muss noch viel unternommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will auch anmerken, dass wir dringend mehr Männer in der Pflege brauchen. Der Pflegeberuf ist bisher vorwiegend weiblich. Gerade die Zuwanderung sollte es uns möglich machen, mehr Menschen für eine Tätigkeit im Pflegebereich zu qualifizieren. Klar ist, dass nur Menschen mit entsprechender Qualifikation als professionelle Pflegekräfte tätig sein können.

Des Weiteren sollten wir ausländische Pflegekräfte, die sich bei uns bewerben, bitte schneller anerkennen. Die Anerkennungsverfahren dauern Monate, zum Teil Jahre. Das ist ein untragbarer Zustand.

Für die professionelle Pflege, sowohl ambulant als auch stationär, gelten bestimmte Anforderungen bzw. Qualitätsstandards.

An dieser Stelle möchte ich den Pflegekräften für die tolle Arbeit, die sie leisten, ganz herzlich danken. Das geht weit über das Maß hinaus, was andere Arbeitnehmer leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich weiß übrigens, wovon ich rede, war ich doch erst kürzlich wieder in der ambulanten Pflege unterwegs. Ich habe auch schon stationär gepflegt.

Noch eine Anmerkung zu Missständen in der Pflege: Missstände, zu denen die unzulängliche Behandlung von Bewohnern gehört, gelangen natürlich schnell in die Schlagzeilen. Das bringt Leser. Mein Eindruck von der Pflege in Bayern – ich meine sowohl die ambulante Pflege als auch die Pflege in stationären Einrichtungen – ist aber überwiegend ein besserer.

Das entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, die Einrichtungen zu kontrollieren. Dabei sollte die Kontrolle endlich aus einer Hand organisiert werden, anstatt Doppelstrukturen zu erhalten. Das derzeitige Kontrollsystem durch den MDK und die Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht, FQA, ist durch eine einheitliche Kontrolle zu ersetzen. Dafür müssen wir alles tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Dokumentationspflicht muss vereinfacht werden. Wir sollten keinen bayerischen Weg gehen, sondern uns den Bemühungen des Bundes anschließen. An dieser Stelle nenne ich den Namen Beikirch. Es werden sehr vernünftige Vorschläge genannt.

Eine wesentliche Reform, die in Bayern angepackt werden muss, ist die Unterstützung der häuslichen Pflege. Gott sei Dank wurde bereits darauf hingewiesen. Wir haben festgestellt, dass zwei Drittel der zu Hause Gepflegten ausschließlich häuslich gepflegt werden. Deshalb ist die Unterstützung der häuslichen Pflege besonders wichtig. Wir brauchen endlich die zugesagten Pflegestützpunkte. Diese wurden bereits genannt. Sie müssen dringend – das kann nicht mehr aufgeschoben werden – in dieser Legislaturperiode mit den erforderlichen gesetzlichen Vorgaben eingeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommunen werden deutlich mehr Verantwortung für die Pflege übernehmen müssen. Das wurde ebenfalls schon angesprochen. Darauf sind sie nicht vorbereitet. Die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung wäre es deshalb, dies deutlich zu artikulieren und möglicherweise Mittel bereitzustellen. Nicht jeder kann pflegen. Wir haben nicht ohne guten Grund gut ausgebildete und examinierte Pflegekräfte. Das muss mit Einschränkungen auch für die häusliche Pflege gelten. Deshalb brauchen wir für die häusliche Pflege mehr Unterstützung, um die Qualität, die nur sehr schwer kontrollierbar ist, weiter ausbauen zu können. Zwar haben wir die Möglichkeiten, aber noch bei Weitem kein flächendeckendes Angebot.

Bedingt durch die Überforderung gibt es leider immer wieder Fälle von Gewalt und Misshandlung in der Pflege. Vorher habe ich bereits darauf hingewiesen. Diese Fälle sind aufzuklären und rechtlich zu bewerten. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass die überwiegend gut arbeitenden Pflegekräfte mit Kontrollmechanismen überzogen werden.

Für mich ist die Situation, dass die Pflege nur noch mithilfe des grauen Pflegemarktes gewährleistet werden kann – auch das wurde schon erwähnt –, ein Skandal. Wir alle wissen, dass weder die Arbeitszeitregelungen noch der Mindestlohn eingehalten werden. Das bedeutet, wir akzeptieren still und heimlich eine Gesetzesverletzung. Daran wird das Versagen der Organisation der Pflege in Bayern deutlich.

Ich fordere auch die Betriebe in Bayern auf, sich der Situation zu stellen. Wir haben sowohl mehr Pflegebedürftige als auch pflegende Angehörige. Die Einführung der Pflegelotsen ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Es müssen aber noch weitere folgen.

Die bisherige Pflege, die sich überwiegend mit den körperlichen Einschränkungen der Menschen befasst, muss aufgrund der zunehmenden Zahl von Demenzerkrankungen grundlegend verändert werden. Für die Angehörigen ist es häufig viel schwieriger, mit der angehenden Persönlichkeitsänderung zurechtzukommen. In anderen Ländern wie

Schweden, den USA und den Niederlanden wird intensiv geforscht, um die Ursachen zu ermitteln und damit neue Möglichkeiten für eine optimale Versorgung zu eröffnen. Bayern hat an dieser Stelle einen riesigen Nachholbedarf. Wir brauchen dringend Modellprojekte. Ich fordere Sie deshalb auf, die Wissenschaft bei dieser Aufgabe besser zu unterstützen und mehr Forschung auf dem Gebiet der Demenz zu betreiben. Wir haben einen großen Nachholbedarf.

Wie soll die Pflege in Zukunft aussehen? – Wir müssen alle Formen der Pflege gleichberechtigt und wertefrei betrachten. Selbstverständlich ist die häusliche Pflege oft die schönste Form für die Menschen. Sie hat aber auch ihre Grenzen. Alle Möglichkeiten zur Erleichterung der häuslichen Pflege müssen ausgeschöpft werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Pflege ist es fünf nach zwölf. Das scheint bei den Verantwortlichen in Bayern leider noch nicht angekommen zu sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen dringend umfassende Reformen, die ohne Zweifel auch Geld kosten werden. Darüber müssen wir uns auch klar sein. Die Bereitschaft hierfür kann ich bei der Bayerischen Staatsregierung und bei Teilen der CSU-Fraktion – ich drücke mich vorsichtig aus – beim besten Willen noch nicht erkennen. Ganz sicher ist, dass die Pflege irgendwann jeden betreffen wird. Vielleicht wird erst dann die politische Dimension verstanden.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Leiner. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Dr. Goppel das Wort.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Herr Vizepräsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist interessant, weil sich jeder von uns mit der Frage auseinandersetzen muss, wie Pflege organisiert wird. Jeder von uns muss damit rechnen, von einer vernünftigen Pflege Gebrauch machen zu müssen. Im menschlichen Leben wird oft das, was einem näherliegt, schneller erledigt als etwas, das noch Zeit hat. Das

lässt man gerne liegen. Das ist kein bayerisches, sondern ein gesellschaftliches Problem.

Dass wir das heute entdecken, liegt an zwei besonderen Faktoren. Erstens werden wir sehr viel älter als die Menschen früher. Zweitens hat die Hälfte der Generation, die heute älter wird, keine Kinder mehr. Deshalb wird die Familienpflege zu einem echten Problem. Das wird zu einer Teuerung führen, mit der wir noch gar nicht rechnen. Es sind die Pfleger, die den Menschen im Rahmen der Pflege am meisten und sehr intensiv helfen. Das sind nicht die Ärzte und am Ende auch nicht die Verwandten, die zwar viel Liebe aufwenden, aber fachliche Kunde benötigen. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass wir gemeinsam die Organisation der Pflege in Angriff nehmen.

Sie von der Opposition wissen, dass in den Reihen der CSU darüber gestritten wird, ob die Pflegekammer dafür das richtige Instrument ist oder nicht. Das ist vor allem mit Herrn Kollegen Söder diskutiert worden. Sie bekommen auch mit, dass die Gesellschaft sehr heftig über dieses Thema streitet. Deshalb bin ich den Kollegen in der Fraktion sehr dankbar, dass sie Türen nicht endgültig zuschlagen. Stattdessen sollten wir prüfen, ob das alternative Modell am Ende vielleicht eine vernünftige Lösung ist. Wir arbeiten auch sonst viel mit unterschiedlichen Modellen. Auf diese Weise sind wir durchaus in der Lage, diesen ersten Schritt mit der Fraktion zu gehen. Wir diskutieren auch mit dem Pflegering und allen, die bei den Vorbereitungen involviert waren.

Ich habe die herzliche Bitte, dass wir uns in dieser Diskussion offen begegnen. Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die dritte große Aufgabe der Nachkriegszeit. Die ersten 30 Jahre, bis zum Jahr 1970 oder 1975, bestanden aus Aufräumarbeiten. Danach folgte die Zeit der technischen Aufrüstung. Zwar wird in den technischen Berufen viel Geld verdient, dort wendet man sich jedoch nicht den Menschen zu. In dieser Zeit wird vor allem dafür gesorgt, dass die Kaffeemaschine nicht ausfällt. Derjenige, der den Kaffee ausschenkt, wird schlechter bezahlt als der Maschinenhersteller. In der dritten Stufe müssen wir uns den Menschen zuwenden, die jedem Einzelnen von uns ihre Menschlichkeit und ihre Zeit widmen. Weil viele Menschen die Zeit für die Pflege

ihrer Angehörigen nicht mehr aufbringen können, muss darüber nachgedacht werden, wie dies von der Gesellschaft finanziert werden kann. Dabei stehen wir am Anfang.

Das gilt für alle. Bei der Lösung dieser Aufgabe steht Bayern im bundesweiten Vergleich nicht hinten, sondern relativ weit vorne. Wir brauchen uns nichts vorzuwerfen. Wir dürfen aber auch nichts kleinreden. Was wir haben, ist ein guter Anfang und ein guter Start. Unter diesen Umständen stellen wir fest, dass zwei Punkte dringend und vordergründig notwendig sind. Wir müssen uns um Kräfte bemühen, die sich darum kümmern, die Menschen zu unterstützen, die sonst mit ihrer besonderen Belastung wie der Demenz alleingelassen bleiben.Aber jetzt fällt etwas weg. Kollege Leiner hat eben gesagt, wir müssten alle neu hinzugewanderten kräftigen jungen Männer in die Berufe hineinhieven. Ich meine, das Allerwichtigste ist, dass Pfleger die deutsche Sprache beherrschen.

(Beifall bei der CSU)

Die Pfleger müssen in der Lage sein, sich um die alten Leute zu kümmern. Das geht nicht von heute auf morgen, und man kann nicht darüber hinwegreden in dem Ton: Wenn wir noch ein paar mehr Leute einstellen, ist alles erledigt.

Ich hatte im Jahre 1979 eine ziemlich schwere Operation. Da gab es eine Krankenschwester aus der Türkei, die mir überhaupt nicht helfen konnte, weil sie nicht verstand, was ich wollte, und außer ihr sonst niemand anwesend war. Es war noch kein Pfleger da. Wenn ein Pfleger kommt und mit dem Kranken im Gespräch sein muss, ist für ihn das Allerwichtigste die Sprache, um das zu leisten. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob wir Ausländer bekommen, nicht so vorrangig. Ich meine, es ist wichtiger, den Beruf attraktiver zu machen. Wenn derjenige, der die Kaffeemaschine repariert oder anliefert, das Doppelte dessen verdient wie derjenige, der sich um den Kaffeetrinker kümmert, dann stimmt etwas nicht. Hier muss ein Ausgleich her.

Darüber würde ich gerne intensiv mit Ihnen diskutieren, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir es mit einer Generation zu tun haben, die der Hilfe viel stärker bedarf.

Wir sollten nicht so sehr über Organisationsformen reden, sondern in erster Linie darüber, wie wir an diejenigen herankommen können, die insgesamt Probleme mit der Gesellschaft bekommen, weil sie alleingelassen sind, weil niemand mehr aus ihrer Familie da ist und weil es in ihrer Umgebung einsamer geworden ist.

Hinzu kommt, dass die junge Generation lieber mit dem Computer spielt, als die Oma zu betreuen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Immer auf die Jugend schimpfen! Typische Redepauschalen!)

– Nein, es geht um die, die nachkommen, und um die Frage, ob sie sich dafür ausbilden lassen wollen oder nicht. Da können Sie so viel dazwischenrufen, wie Sie wollen. In die Berufe der sozialen Betreuung der Menschen wachsen junge Leute weniger hinein, weil sie glauben, mit der Technik leichter weiterzukommen. Der Angriff richtet sich nicht auf die Jugend, sondern auf die Gesellschaft. Das ist einfach so.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Liebe Kollegin, durch das Dazwischenrufen wird die Sache nicht besser. Ihre Lieblingsbeschäftigung ist zu reden, statt zu denken.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo! – Katharina Schulze (GRÜNE): Oh, oh!)

Die Ausgangsposition für uns heißt in die Zukunft hinein, sich zu kümmern, die Menschen in ihrer Situation abzuholen und diejenigen, die sich in der Pflege engagieren, nicht schlechter zu bezahlen als junge Menschen in anderen Berufen. Nur so kommen wir ein Stück weiter. Ob die Organisation stimmt, ist dann eine ganz andere Frage.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Goppel. Bevor ich der Kollegin Petersen das Wort erteile – sie kann schon eine Weile ans Mikrofon tre-

ten –, darf ich folgende Änderung der Tagesordnung bekannt geben. Der Tagesordnungspunkt 6, Antrag der GRÜNEN betreffend "Veränderungen im Grundstockvermögen früher anzeigen und Zustimmung einholen" wird im Einvernehmen aller Fraktionen heute von der Tagesordnung abgesetzt und voraussichtlich in der Januarsitzung aufgerufen.

Im Anschluss an die Interpellation werde ich die Tagesordnungspunkte 4 und 5 aufrufen und anschließend noch vor der Mittagspause die Tagesordnungspunkte 9 bis 14; das sind die Anträge zum Thema Stärkung des ländlichen Raums. Mir ist signalisiert worden, dass die Fraktionen auch hierzu Einverständnis erklärt haben. Die Redner sind entsprechend verständigt.

Liebe Frau Petersen, nun haben Sie das Wort.

Kathi Petersen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns bei diesem Thema inhaltlich weitgehend einig. Die Pflege in Bayern ist ein extrem wichtiges Thema. Das rechtfertigen sowohl die sehr umfangreiche Interpellation der FREIEN WÄHLER – dem Dank dafür kann ich mich nur anschließen – als auch die zahlreichen Anträge, die unter anderem die SPD-Fraktion zu diesem Themenbereich bereits gestellt hat und auch noch stellen wird.

Wir haben schon gehört, dass das Thema Pflege ein sehr umfangreiches und vielfältiges Thema ist. Meine Kollegin Ruth Waldmann hat bereits viele Aspekte angesprochen, beispielsweise die häusliche Pflege, sodass ich mich auf einige wenige Punkte beschränken kann.

Die Staatsregierung und insbesondere das Ministerium für Gesundheit und Pflege ist, wie wir unter anderem den Antworten auf die Interpellation entnehmen können, nicht untätig geblieben. Aber – auch das muss man konstatieren – es gibt noch sehr viel Luft nach oben.

Meine Vorredner haben auch schon davon gesprochen: Der Fachkräftemangel ist ein riesiges Problem im Pflegebereich. Im März 2016 standen 1.663 offenen Stellen 267 arbeitslos gemeldete Altenpflegefachkräfte gegenüber. Das ist ein eklatantes Missverhältnis, das man so nicht hinnehmen kann.

Die Staatsregierung hat im Jahr 2010 die sogenannte Herzwerker-Kampagne aufgelegt, in deren Rahmen sowohl breit als auch sehr zielgruppenspezifisch für den Pflegeberuf geworben wird. Die Intention ist zu begrüßen. Die Kampagne zeigt bereits erste Erfolge. Ein Problem wird dadurch allerdings nicht gelöst, nämlich dass es die Rahmenbedingungen in der Pflege den Pflegefachkräften vielfach unmöglich machen, ihre soziale Motivation, die sie zu dieser Berufswahl angetrieben hat, im Berufsalltag tatsächlich umzusetzen. Das sind die Folgen der Ökonomisierung der Pflege, die sich zunehmend als politischer Irrweg erweist.

Die Verweildauer im Krankenhausbereich beträgt 13 bis 14 Jahre. Da habe ich etwas andere Zahlen als der Kollege Leiner; es gibt da unterschiedliche Zahlen. Im Bereich der Altenpflege hingegen sind es nur 8 Jahre. Das heißt, wir müssen etwas dafür tun, dass Menschen nicht nur diesen Beruf ergreifen, sondern dass sie ihn auch möglichst lange und möglichst gut ausüben können.

Der Krankenstand steigt stressbedingt, insbesondere häufen sich Phänomene wie Burnout. Auch das ist ein alarmierendes Zeichen. Die Zahl der Azubis erhöht sich zwar leicht, aber noch lange nicht so weit, wie es notwendig wäre. Es gibt kein Schulgeld mehr. Das ist ein Fortschritt. Die Staatsregierung setzt sich auch für einen Ausbildungstarifvertrag ein, der allerdings immer noch Zukunftsmusik ist. Die Ausbildungsumlage, die wir schon oft gefordert haben, ist immerhin bis zu den Eckpunkten gediehen. Man wird sehen, was das Pflegeberufegesetz in dieser Hinsicht an weiteren Erkenntnissen bringt. Was dort vorgeschlagen wird, sollte man forcieren. Kollege Imhof hat eben darauf hingewiesen. Wir müssen also die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass gute Pflege möglich ist. Dazu kann die Vereinigung der bayerischen Pflege beitragen, wenn es uns gelingt, sie zu einer wirkungsvollen Interessenvertretung zu

gestalten. Die Skepsis von Kollegen Prof. Dr. Bauer teile ich nicht ganz. Ich denke, es kommt auf uns alle an, wie wir diese Interessenvertretung gestalten, dass sie sich tatsächlich für die Interessen der Pflegenden starkmachen kann und ein wirkungsvolles Instrument wird und nicht nur eine Alibiveranstaltung. Das wird an uns allen liegen.

Wir brauchen auch einen Tarifvertrag Soziales, wie er schon länger von den Gewerkschaften gefordert wird, damit die Konkurrenz über die Qualität zwischen den Pflegeeinrichtungen läuft und nicht über das Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Angesprochen wurde auch schon, dass es in Bayern seit 2002 einen Pflegeschlüssel für den Personaleinsatz in Pflegeheimen gibt. Es ist gut, dass es diesen Schlüssel gibt. Kollege Bauer hat auch schon darauf hingewiesen, dass es zahlreiche Verstöße gibt, die sanktioniert werden. Vielleicht muss man anfangs überprüfen, ob diese Sanktionen ausreichen. Anscheinend wirken sie nicht hinreichend abschreckend.

Außerdem müsste meines Erachtens der Pflegeschlüssel aktualisiert werden. Im Pflegestärkungsgesetz II wird dieses Thema angesprochen. Die Pflege ist in den letzten Jahren erheblich schwieriger und komplexer geworden, beispielsweise durch die steigende Anzahl von Demenzerkrankten und zunehmend mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Pflegeheimen und Menschen, die an Mehrfacherkrankungen leiden. Dadurch sind die Anforderungen gestiegen, aber auch aufgrund des durchaus begrüßenswerten Hospiz- und Palliativgesetzes.Nach diesem Gesetz soll die Palliativversorgung auch in Pflegeheimen gewährleistet werden. Das ist notwendig, aber dafür brauchen die Pflegekräfte Zeit, und die haben sie bei Weitem nicht in ausreichendem Maße. Dafür müssen wir etwas tun.

Die generalistische Pflegeausbildung haben meine Vorredner schon angesprochen. Auch wir sind der Meinung, dass die generalistische Ausbildung der richtige Weg ist, weil dadurch die Einsatzmöglichkeiten für Pflegekräfte erweitert werden und damit langfristig zu größerer Zufriedenheit mit dem Beruf beigetragen wird. Wir müssen aber

noch Überzeugungsarbeit leisten. Noch bei Weitem nicht alle Auszubildenden sind von der Richtigkeit dieses Weges überzeugt. Wir müssen auch verstärkt die Weiterbildung in den Blick nehmen, weil sie durch die generalistische Ausbildung in Zukunft noch viel notwendiger werden wird, als sie es bisher schon ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Die Pflegekräfte zeigen ein Herz für die zu pflegenden Menschen. Zeigen wir ein Herz für die Pflegekräfte?

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Petersen. – Ich darf das Wort an Herrn Kollegen Holetschek von der CSU weiterreichen. Bitte sehr.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte diesen Redebeitrag auch mit einem Dank an alle Pflegekräfte und alle pflegenden Angehörigen beginnen. Wir können das nicht oft genug sagen. Deswegen bin ich auch froh darüber, dass dieses Thema heute wieder mit großem Respekt vor denen, die in der Pflege tätig sind, behandelt wird. Das möchte ich vorab feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist schon viel gesagt worden. Wir müssen vorweg feststellen – dafür gilt mein Dank unserer Staatsministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern –, dass wir mit der Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Gesundheit und Pflege einen wichtigen Eckpfeiler gesetzt haben. Das ist nicht selbstverständlich. Damit wollen wir auch zeigen, dass die Pflege für uns einen großen Wert hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen tatsächlich vor einer ganz großen Herausforderung. Jeder muss sich dessen bewusst sein, dass dieses Thema ihn persönlich auf verschiedenen Seiten tangieren kann, weil er entweder selbst einmal pflegebedürftig wird oder weil er andere pflegt. Deswegen brauchen wir die richtigen Rahmenbe-

dingungen. Zuerst möchte ich konstatieren, dass wir in Berlin – da ist auch die Handschrift der CSU deutlich zu erkennen – für die Pflege viel getan haben. Das wird weitergehen, aber wir sind an einem Punkt angekommen, an dem zuvor kein Ministerium so viele Akzente gesetzt hat. Wir haben einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, ein Pflegestärkungsgesetz und viele andere Instrumente, die tatsächlich helfen. Das muss man in einer solchen Debatte anerkennen, und das tun wir auch.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass es falsch ist, Herr Kollege Bauer, mit der Pflegekammer zu viele Erwartungen zu wecken, die mit diesem Instrument, egal wie es gestaltet ist, nie erfüllt werden können. Ich war vor Kurzem im Krankenhaus in Memmingen. Die Ministerin war dabei. Ich habe dort mit dem stellvertretenden Pflegeleiter gesprochen und ihn gefragt, was die Pflegekräfte bewegt, was für sie wichtig ist. Natürlich ist die Bezahlung wichtig; das ist aber eine Angelegenheit der Tarifvertragsparteien. Natürlich wird die Pflege Geld kosten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Machen wir uns doch nichts vor: Wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen, wird es immer Geld kosten. Deshalb erwarte ich auch von den Tarifvertragsparteien, dass sie Akzente setzen.

Das zweite Anliegen betraf die Rahmenbedingungen, nämlich die Arbeitszeiten und den Schichtdienst. Daran müssen wir arbeiten. Es war aber nicht die Rede davon, dass die Pflegekräfte fünfmal anklopfen und endlich eine Pflegekammer haben wollen. Ich habe dieses Anliegen im direkten Gespräch noch nie so gehört, wie es viele von Ihnen schildern. Ich kann Ihnen sagen: Der bayerische Weg, der eine Vereinigung der bayerischen Pflege vorsieht, ist ein richtiger und guter Weg. Geben Sie ihm doch eine Chance. Wir machen uns damit auf einen Weg, der sinnvoll und richtig ist.

Sie aber kritisieren nur einzelne Themen, und das zum Teil falsch. Ich erwähne nur den Beirat. Was ist denn so schlimm, wenn ein Beirat für die Fort- und Weiterbildung beratend tätig sein soll? Letztendlich könnte die Delegiertenversammlung dessen Voten doch überstimmen. Sie zeichnen ein Zerrbild der Vereinigung der bayerischen

Pflege, statt mutig darauf zuzugehen und zu sagen: Wir haben jetzt eine Chance, der Freistaat gibt Geld dafür aus, und wir wollen eine Einrichtung schaffen, die eine kraftvolle Stimme für die Pflegekräfte darstellt.

Sie haben die Untersuchungen zitiert und gesagt, 50 % hätten sich für die Einrichtung einer Interessenvertretung ausgesprochen. Sie müssen aber auch die andere Seite der Medaille erwähnen. 51 % haben sich gegen eine Pflichtmitgliedschaft ausgesprochen. Wir kommen mit unserem Gesetzentwurf diesen Voten nach, und das sehe ich als Chance. Wir alle sollten jetzt versuchen, möglichst viele zu finden, die mitmachen. Wir werden die Anhörung durchführen. Die CSU ist mit dabei; denn wir wollen die Themen gemeinsam beraten. Wir sollten jetzt tatsächlich dazu übergehen, dass wir andere Probleme ansprechen, statt die Erwartungen in ein solches Konstrukt immer höher zu setzen. Damit werden Sie nicht alle Probleme im Detail lösen, die Sie angesprochen haben. Dessen sollten Sie sich bewusst sein. Deswegen sollten wir jetzt die Vereinigung der bayerischen Pflege auf den Weg bringen. Wir sollten ein kraftvolles Signal für die Pflegekräfte setzen. Ich kann nur noch einmal sagen: Respekt und Anerkennung für alle, die in der Pflege tätig sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Holetschek.

(Unruhe bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, vor allem in der ersten Reihe: Ihre Diskussion stört sehr. Jetzt hat Herr Kollege Seidenath noch eine knappe Minute. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte noch einmal unterstreichen, wie wichtig die Aufgaben und die Leistungen der Pflegenden in unserem Land sind, was Kollege Holetschek auch schon gesagt hat. Ich möchte auch einiges geraderücken. Herr Prof. Bauer hat die

Probleme richtig benannt. Er hätte aber auch anerkennen müssen, was in unserem Land schon alles passiert ist. Das gilt vor allem für die Arbeitsbedingungen und für den Wunsch, möglichst viele junge Menschen dazu zu bewegen, dass sie den Pflegeberuf ergreifen, ihre Ausbildung beenden und in diesem Beruf auch bleiben. Dazu hat die Kostenfreiheit der Altenpflegeausbildung sehr stark beigetragen. Die Tatsache, dass die Kostenpflicht durch das Bildungsfinanzierungsgesetz im März 2013 abgeschafft wurde, lieber Herr Leiner, geht gerade auf die CSU-Fraktion zurück. Ohne unsere Fraktion, die so massiv dafür gekämpft hat, gäbe es heute keine Kostenfreiheit für die Altenpflegeausbildung. Bei den Arbeitsbedingungen haben wir die Entbürokratisierung deutlich vorangebracht. Das alles müssen Sie anerkennen. Das ist an der Stelle sehr wichtig.

Eine Anmerkung zu dem, was Herr Leiner gesagt hat, nämlich zur Demenz. Er verkennt damit, dass auch wir, die CSU-Fraktion, enorme Anstrengungen unternommen haben, um mit dem "Bayerischen Demenz Survey" die Behandlung von Demenz voranzubringen. Mit den Bayerischen Fachtagen Demenz soll die Forschung gebündelt werden; denn die Forschung läuft nicht nur in Bayern, sondern weltweit, und wir sind weltweit noch nicht sehr weit gekommen. Deshalb bündeln wir hier die Forschung. Mit dem Bayerischen Demenzpreis wollen wir lokale Initiativen auszeichnen, mit denen für Demenzerkrankte gute Projekte auf den Weg gebracht werden. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Pflegekräfte.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Seidenath, ich habe ein Angebot für Sie: Sie bekommen noch zwei Minuten, aber nur auf die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Bauer.

Bernhard Seidenath (CSU): Dann machen wir das so.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Prof. Bauer, bitte.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Seidenath, habe ich etwas falsch verstanden? Erinnern Sie sich noch, wie es in der letzten Legislatur-

periode war? Ich habe mich hier an diesem Pult mehrfach vehement gegen das Schulgeld ausgesprochen. Sie sagen, die CSU hätte das abgeschafft. Ich weiß es nicht: Entweder haben Sie eine Gedächtnislücke, oder ich habe nichts mitbekommen. Richtig wäre es, wenn Sie sagen würden, mithilfe der Opposition ist das Schulgeld abgeschafft worden.

(Petra Guttenberger (CSU): Sie müssen einmal die Mehrheitsverhältnisse sehen!)

Bernhard Seidenath (CSU): Lieber Herr Bauer, wenn in der letzten Legislaturperiode ein Gesetz beschlossen wurde, dann ist es immer mit den Stimmen der CSU beschlossen worden. Eine solche Maßnahme ist nur möglich, wenn auch die CSU klar sagt, wir wollen das. Wir haben es auch hinbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist es genau die richtige Art und Weise, mit diesem Thema umzugehen. Das wollte ich Ihnen noch einmal sagen.

Die Demenz habe ich bereits angesprochen. Wir sollten schon ansprechen, wie wichtig es ist, mit dieser modernen Geißel, die die Demenz nun einmal ist, umzugehen. Die Zahl der Demenzkranken wird sich in den nächsten 40 Jahren wahrscheinlich verdoppeln. Der "Bayerische Demenz Survey", den wir initiiert haben, achtet genau darauf, wie die Angehörigen von Demenzkranken leben und wie Hilfen bei Demenzerkrankten ankommen.

Der "Bayerische Demenz Survey" hat zu drei interessanten Ergebnissen geführt. Das möchte ich hier auch einmal sagen. Das sind die Punkte, an denen wir weiterarbeiten müssen und werden. Erstens. Demenz wird zu spät festgestellt. Nach den ersten Symptomen dauert es im Schnitt zwei Jahre, bis die Diagnose gestellt wird. Zweitens. Die niedrigschwelligen Angebote, die es bereits in Bayern gibt, sind noch nicht bekannt genug. Daran müssen wir weiterarbeiten. Drittens. Es müssen mehr Tagespflegeplätze geschaffen werden, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Wir müs-

sen den Blick, den wir bisher von den berufstätigen Eltern auf die Kinder gerichtet haben, mehr von den berufstätigen Kindern auf die Eltern richten, damit diese ihre demenzkranken Angehörigen auch tagsüber gut versorgt wissen.

Deswegen schließe ich meine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an alle, die sich der großen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stellen, die Pflege in unserem Land aufrechtzuerhalten. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, eine drohende humanitäre Katastrophe zu verhindern. Deswegen ein Dank an alle, die sich dieser Aufgabe in der häuslichen, der ambulanten und der stationären Altenpflege stellen und mithelfen, diese große gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Damit kommen wir zur Staatsregierung: Frau Staatsministerin Huml, bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werter Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Interpellation beginnt mit der Feststellung: "Pflege ist eines der bedeutendsten, aktuellsten und brisantesten Themen unserer Gesellschaft." Ich denke, da haben Sie völlig recht. – Lieber Prof. Bauer, danke für all die Fragen und dafür, dass wir darüber so intensiv diskutieren können. – Die Kollegen haben bereits die Wichtigkeit des Themas Pflege erwähnt. Es geht uns alle an, im Moment vielleicht noch im Familien- oder Freundeskreis, aber vielleicht einmal auch ganz persönlich.

Wie wichtig der Bayerischen Staatsregierung dieses Thema ist, sieht man daran, dass wir mit dem Kollegen Hermann Imhof einen Bayerischen Patienten- und Pflegebeauftragten haben. Auch verfügt Bayern inzwischen über ein eigenes Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Die Menschen in Bayern können sich darauf verlassen, dass wir am Thema Pflege dranbleiben. Es gibt ein Vertrauen in die Pflegelandschaft. Die Maßstäbe meiner Pflegepolitik orientieren sich vor allem an der Selbstbestimmtheit und der Lebensqualität der Menschen in Bayern. Viele Kollegen haben bereits er-

wähnt, dass die Menschen möglichst lange zu Hause bleiben wollen und möglichst selbstbestimmt sein wollen, auch wenn sie in einer stationären Einrichtung untergebracht sind.

Deswegen ist es mir sehr wichtig zu betonen: Wir benötigen in Bayern einen Pflegemix für die ambulanten Pflegedienste, für die häuslich Pflegenden, also Angehörige oder Nachbarn, und für die stationären Einrichtungen. Dieser Pflegemix soll in Bayern weiterhin möglichst gut bestehen und weiter ausgebaut werden. Wir wollen uns den Herausforderungen im Pflegebereich sehr wohl stellen. Dafür stehe ich auch ganz persönlich.

(Beifall bei der CSU)

Auf den 130 Seiten ist anhand vieler Zahlen und Fakten eindrucksvoll belegt, dass es immense Herausforderungen sind, denen sich die Pflegekräfte und die pflegenden Angehörigen Tag für Tag stellen.

Lieber Kollege Leiner, es ist von unserer Seite keine Bewertung, sondern eine sachliche Aufstellung der Lage in Bayern. Die Bewertungen sind dann von Ihnen und von uns, die wir Dinge voranbringen wollen, zu treffen.

An dieser Stelle darf ich mich ganz herzlich bei denjenigen bedanken, die die Interpellation bearbeitet haben. Dank gilt auch für die Fragen, die Prof. Bauer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestellt haben. Ich bedanke mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit Herrn Dr. Opolony und mit allen aus den Referaten sehr viel geleistet haben. Nicht nur unser Ministerium hat an der Interpellation gearbeitet. Insgesamt haben sieben Ministerien zusammengearbeitet, um die Interpellation bearbeiten zu können. Diese haben in akribischer Arbeit monatelang die Zahlen und Fakten zusammengetragen. All denen gebührt ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, richtig ist, dass sich die sozialen Strukturen verändern. Der Kollege Dr. Goppel hat darauf bereits hingewiesen. Natürlich muss sich dann auch die Pflegelandschaft ein Stück weit mit verändern. Deswegen war es notwendig, die Leistungen der Pflegeversicherung auf Bundesebene auszubauen und zu flexibilisieren. Als eigenes Pflegeministerium in Bayern haben wir mit der Bundesebene auf Augenhöhe verhandeln können. Was meine ich damit? – Zum Beispiel haben wir im Ersten Pflegestärkungsgesetz die Rahmenbedingungen für die Pflegebedürftigen, für die häuslich Pflegenden und für die Pflegekräfte erheblich verbessert. Dies gilt seit 2015. Hier war der Wunsch der Menschen maßgeblich, möglichst lange zu Hause bleiben zu können. Das zu erreichen, war auch wichtig. Die Leistungen der Pflegeversicherung wurden ausgebaut und flexibilisiert. Zum Beispiel sind zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen in der Tages- und Nachtpflege und in der Kurzzeitpflege geschaffen worden. Die Schaffung der Rahmenbedingungen hat der Bund mit übernommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt muss das auch bei den Menschen ankommen. Diejenigen, die ihre Mitmenschen zu Hause versorgen, müssen um die Möglichkeit von Tages- und Nachtpflegeangeboten wissen. Gleichzeitig brauchen wir die Träger, die die Möglichkeiten für die Pflege zu Hause schaffen, indem sie Angebote in der Tages- und Nachtpflege einrichten. Das hat schon der Kollege Seidenath gesagt, da bin ich ganz bei ihm. Gerade Demenzerkrankte haben in meinen Augen einen großen Bedarf. In einer individualisierten Gesellschaft brauchen wir einen individuell zugeschnittenen Pflegemix. Daran arbeiten wir.

Diesen Herausforderungen müssen wir uns gemeinsam stellen. Im Zweiten Pflegestärkungsgesetz haben wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt. Ich habe gerade von den Demenzkranken gesprochen; für diese war und ist er wichtig. Nach Schätzungen haben wir in Bayern etwa 230.000 Demenzerkrankte. Mit der steigenden Lebenserwartung werden diese Zahlen weiter steigen. Es ist wichtig, dass wir neben

der Demenzstrategie, die wir in Bayern verfolgen, und neben dem "Bayerischen Demenz Survey", den wir durchführen, auch forschen. Herr Kollege Leiner, Forschung wird bei uns in Bayern sehr wohl betrieben.

Es war aber auch wichtig, diesen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einzuführen. Was heißt das? – Es wird jetzt eine Gleichbehandlung von somatischer und kognitiver Einschränkung anerkannt. Wenn jemand nicht mehr weiß, was er mit einer Gabel tun soll, braucht es Zeit, demjenigen das zu erklären. Geldleistungen sollen nicht nur möglich sein, wenn jemand die Gabel nicht mehr zum Mund führen kann. Das war ganz wichtig. Ich freue mich, dass wir hier alle an einem Strang gezogen haben. Ich freue mich auch darüber, dass dieser Pflegebedürftigkeitsbegriff in der Großen Koalition auf Bundesebene durchgesetzt werden konnte. Über viele, viele Jahre wurde darüber begutachtet, gewertet und gesprochen. Jetzt haben wir diesen Begriff und haben ihn durchgesetzt. Danke an alle, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der CSU)

Dies alles würde aber nichts bringen, wenn wir nicht dafür gesorgt hätten, dass die Leistungen finanziell unterlegt sind. Das Pflegestärkungsgesetz I und II stellt für die Pflegeleistungen 5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Wir haben bei den Beratungen zu diesem Gesetz mitgekämpft, damit Pflegeleistungen finanziell besser unterstützt werden können. Was heißt das konkret? – Nehmen wir jemanden mit Pflegestufe 1 und mit einer eingeschränkten Alltagskompetenz. Betroffene erhalten heute einen Zuschuss für Sachleistungen in Höhe von 689 Euro. Ab dem Jahr 2017 ist diese Person nicht mehr in Pflegestufe 1, sondern im Pflegegrad 3. Dann wird es möglich sein, dass dieser Versicherte 1.298 Euro für ambulante Sachleistungen bekommt. Außerdem wird ihm nichts abgerechnet, wenn er zusätzlich eine Tages- oder eine Nachtpflege in Anspruch nimmt.

Der Wunsch der Menschen, lange zu Hause bleiben zu können, war der Leitgedanke für das, was wir in diesem Gesetz umgesetzt haben. Mir ist es wichtig, dass der Über-

gang von der ambulanten zur stationären Pflege für die Menschen noch viel leichter wird. Die Menschen, die zu Hause sind, sollen wissen, dass sie die Möglichkeit haben, eine ambulant-stationäre Einrichtung zu nutzen, wenn sie eine Tages-, eine Nacht- oder eine Kurzzeitpflege benötigen. Das muss weiter ausgebaut werden.

Sie haben recht, dass wir bei den Rahmenbedingungen in Bayern einiges tun mussten und auch getan haben. Herr Kollege Prof. Dr. Bauer, Herr Kollege Leiner und Herr Kollege Imhof haben diese Rahmenbedingungen angesprochen. Wir haben uns den Nachtdienst-Schlüssel angesehen und festgestellt, dass die Träger dazu eine sehr breit ausgelegte Definition verwenden. Mir war es persönlich sehr wichtig, dass wir hier Veränderungen erreichen und regelnd und schützend für die Menschen, die versorgt werden müssen, und auch für die Menschen, die versorgen, eingreifen. Wir haben deshalb einen Nachtdienst-Schlüssel von höchstens einer Kraft für 40 Bewohner eingeführt. Es war wichtig, dass wir diesen Schritt gegangen sind und damit eine der Rahmenbedingungen für die Senioren- und Pflegeheime verbessert haben.

Wir haben das Jahr 2016 genützt, um zu prüfen und die Träger zu beraten. Ab dem Jahr 2017 wird es für die Träger Konsequenzen haben, wenn sie diese Vorgaben nicht einhalten. Wir wollten jedoch mit den Trägern fair umgehen. Deshalb war es mir wichtig, den Trägern zu sagen: Wir beraten euch und prüfen, welche Möglichkeiten es gibt. Ein Träger könnte zum Beispiel sagen: Ich habe eine Lösung, die nicht den Verordnungen der Staatsregierung entspricht. Ab dem Jahr 2017 wird es jedoch Konsequenzen geben, wenn die Vorgaben nicht eingehalten werden, weil diese für die Menschen und diejenigen, die sie versorgen, wichtig sind.

Völlig richtig ist, dass wir deutlich mehr Personal als heute benötigen. Ich sehe hier eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie sprechen wir denn selbst darüber, wenn jemand in der Pflegebranche tätig ist? Raten wir den Personen in unserem eigenen Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis dazu, in einen Pflegeberuf zu gehen? Ich sehe es als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, für den Pflegeberuf zu werben und darauf hinzuweisen, dass dieser Beruf sehr attraktiv und zukunftssicher ist. Wir

brauchen mehr Menschen, die hier mitmachen. Gleichzeitig möchte ich all denjenigen, die schon dabei sind, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in den Pflegeberufen leisten Großartiges, sei es in den ambulanten Diensten, sei es in den stationären Einrichtungen. Aber auch die Menschen, die Familienangehörige oder Partner zu Hause versorgen und pflegen, erbringen hervorragende Leistungen.

Herr Kollege Bernhard Seidenath hat vorhin erwähnt, dass in Bayern faktisch kein Schulgeld mehr bezahlt werden muss. Einerseits wollen wir, dass mehr Menschen diesen Beruf ergreifen und die Ausbildung machen, andererseits soll der Auszubildende dafür bezahlen. Es war gut, dass wir das verändert haben. In den anderen Ländern ist das nicht geschehen.

Ich habe einen Fünf-Punkte-Plan auf den Weg gebracht. Einer dieser Punkte ist die Ausbildungsumlage. Momentan liegt sie ein Stück weit auf Halde, weil wir zunächst darauf achten müssen, dass die Regelungen zueinander stimmig sind. Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den Herr Kollege Imhof schon hingewiesen hat, ist die Sicherstellung einer guten Praxisanleitung. Seit dem Sommer laufen Modellprojekte, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Dazu gehört eine gute Ausbildung. Diese ist in den meisten Fällen gegeben. Allerdings kommen auch Auszubildende auf uns zu, die sagen, dass sie auf den Stationen mit soundso vielen Pflegebedürftigen alleingelassen würden. Wir brauchen deshalb eine gute Praxisanleitung, die dazu beiträgt, dass die Auszubildenden dabeibleiben.

Wir wollen die Herzwerker-Kampagne weiter ausbauen. Seit dem Beginn dieser Kampagne ist die Zahl der Ausbildungsbeginner in der Altenpflege um fast 40 % gestiegen. Das ist ein gutes Signal. Ein Dankeschön an die Schulen, die hier gute Leistungen bringen!

Ein weiterer Punkt ist die Entbürokratisierung. Vorhin wurde schon das Beikirch-Modell angesprochen. Wir haben ein Gremium eingerichtet, bei dem der MDK und die FQA dabei sind. Beide Einrichtungen kommunizieren miteinander. Es ist nicht so, dass diese Einrichtungen komplett auseinander wären. Der MDK und die FQA sind an diesem Steuerungsgremium für das Beikirch-Modell beteiligt. Auch die wichtigen Trägerverbände sind dabei. Ich habe darum gebeten, dass Frau Christa Stewens den Vorsitz dieses Gremiums übernimmt. Im Moment haben 30 % der Einrichtungsträger in Bayern ein Interesse daran, das Beikirch-Modell umzusetzen. Wir sind bereits wichtige Schritte gegangen. Ich werde jedoch nicht müde, bei den Einrichtungsträgern zu werben.

Rechtlich ist es möglich, auf viele Dokumentationen zu verzichten. Man muss aber auch den Mut dazu haben. Diesen Mut kann ich als Ministerin nicht verordnen. Die Einrichtungen müssen schon selbst den Mut haben, auf die eine oder andere Dokumentation zu verzichten. Wir wollen das Beikirch-Modell in Bayern weiter voranbringen. Ich bin der ehemaligen Ministerin Christa Stewens dafür dankbar, dass sie dieses Gremium führt, damit wir hier gemeinsam vorankommen. Wir wollen nicht, dass in der Pflege zu viel Zeit für Bürokratie und Dokumentation aufgewendet wird. Wir wollen, dass diese Zeit für die Patienten und die Pflegebedürftigen zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU)

Was können wir noch tun, um die Pflegeberufe aufzuwerten? – Ich nenne hier die Vereinigung der bayerischen Pflege. Wir haben zu diesem Thema bereits eine längere Diskussionsstrecke hinter uns. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem eine Vereinigung der bayerischen Pflege als Körperschaft des öffentlichen Rechtes eingerichtet werden soll. Warum? – Erstens. Die klassischen Kammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Unsere Vereinigung der bayerischen Pflege soll auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes sein, sodass sie rechtlich auf Augenhöhe mit den klassischen Kammern stehen wird. Zweitens. Warum eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes? – Herr Prof. Dr. Bauer hat vorhin gefragt, welche hoheitli-

chen Aufgaben diese Vereinigung haben wird. Der Staat kann hoheitliche Aufgaben nicht auf einen losen Verein, wohl aber auf eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes übertragen. Das wollen wir auch tun. Diese Vereinigung soll mit diesen Aufgaben selbstständig und selbstbestimmt umgehen. Frau Kollegin Petersen hat schon darauf hingewiesen, dass es auch darauf ankommt, wie wir selbst mit der Vereinigung der bayerischen Pflege umgehen.

(Zuruf von der SPD: Wer finanziert das?)

Es kommt darauf an, dass die Mitglieder des Hohen Hauses den Präsidenten oder die Präsidentin auch zu Veranstaltungen einladen, bei denen es um Pflegethemen geht. Der Freistaat Bayern ist bereit, Geld in die Hand zu nehmen,

(Zuruf von der SPD: Unter Haushaltsvorbehalt!)

um die Vereinigung der bayerischen Pflege zu unterstützen. Die Mitgliedschaft in dieser Vereinigung soll freiwillig sein. Das ist ein Wunsch, der von vielen Pflegenden selbst geäußert wurde. Sie wollten keine Pflicht und keinen Zwang, sondern selbstbestimmt mitmachen. Ich glaube deshalb, dass wir mit diesem Konzept gut vorankommen werden. Ich bitte Sie alle mitzuhelfen, damit wir der Pflege eine starke Stimme geben können. Ich bin davon überzeugt, dass das durch diese Vereinigung möglich ist.

Über die generalistische Ausbildung wird gerade auf der Bundesebene diskutiert. Herr Kollege Imhof und alle anderen Kolleginnen und Kollegen haben dazu schon vieles ausgeführt.Wir sind uns in Bayern interfraktionell darin einig, dass ein einheitliches Berufsbild ein guter Weg wäre, um in den Pflegeeinrichtungen die veränderten Strukturen widerspiegeln zu können. Da werden wir auf Bundesebene noch ein bisschen Überzeugungsarbeit leisten dürfen. Wichtig sind aber auch die Generalistik und die Einbeziehung der akademischen Pflegeausbildung in den Gesetzentwurf auf Bundesebene.

Weitere Herausforderungen im Pflegebereich sind die Strukturen vor Ort. Wir haben gehört, dass es im Pflegebereich bereits viele Angebote gibt. Aber es geht auch darum, ob die Leute die Angebote kennen und wie wir es schaffen, dass die pflegenden Angehörigen von den Angeboten erfahren. Wie können wir dafür sorgen, dass vor Ort die Strukturen verbessert werden? Deswegen geht es beim Dritten Pflegestärkungsgesetz um Folgendes:

Erstens soll die Position der Kommunen in der Pflege verbessert werden, weil die Menschen, die Politiker und die in der Pflegebranche Tätigen vor Ort am besten wissen, was gebraucht wird.

Zweitens wird im Dritten Pflegestärkungsgesetz der Gleichgang zwischen dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe hergestellt, damit auch das reibungslos funktioniert und die bei den Sozialgesetzbüchern manchmal vorhandene Schrittstellenproblematik hoffentlich gut überwunden wird.

Drittens werden Regeln zur Bekämpfung des Abrechnungsbetrugs in der Pflege eingebracht; denn die Pflege als Branche an sich leistet wirklich viel Hervorragendes. Auch das eint uns. Aber es gibt auch hier schwarze Schafe. Diese Betrugsfälle müssen aufgedeckt werden. Diesen Betrugsfällen muss nachgegangen werden, damit nicht eine ganze Branche in Verruf gerät. Wir unterstützen deswegen das Pflegestärkungsgesetz entsprechend.

Was wollen wir in Zukunft tun? – Wir haben den bayerischen Pflegegipfel ins Leben gerufen, um zu schauen, wie es in Zukunft aussieht. Ich war erstaunt, dass so viele teilgenommen und intensiv diskutiert haben. Ich habe zuerst gedacht, dass viele sagen werden: Entschuldigung, wir haben das Erste und Zweite Pflegestärkungsgesetz auf den Weg gebracht, das Dritte kommt noch; in Bayern habt ihr so viel gemacht, etwa in Bezug auf den Nachtdienstschlüssel und die Vereinigung der Pflege; lasst uns doch erst das abarbeiten. – Nein, viele Teilnehmer haben gesagt, wir müssten auch an die Zukunft denken und bereits jetzt über den Tellerrand hinausschauen.

Deswegen haben wir den ersten bayerischen Pflegegipfel im Jahr 2016 abgehalten. Im Jahr 2017 werden wir einen zweiten Pflegegipfel durchführen, sehr, sehr viele Kräfte einbinden und dabei vor allem Fachkräfte, häuslich Pflegende und die Zukunft der Pflegeversicherung thematisieren. Diese drei Schwerpunktthemen werden wir uns nächstes Jahr vornehmen. Der Bundesminister hat sein Kommen bereits zugesagt.

Gleichzeitig müssen wir immer wieder betonen, dass gute Pflege Geld kostet. Jeder, dem ich dies draußen im Vortrag sage, stimmt mir darin zu. Aber wenn es darum geht, die Kosten, die etwa für den Aufenthalt eines Vaters oder Großvaters im Pflegeheim anfallen, mitzutragen, sagen die Bürger, das sei schon ganz schön viel.

Es ist für uns als "Pflege"-Politiker sehr wichtig, immer wieder zu betonen, dass wir in der Pflege angemessene Rahmenbedingungen brauchen, dass gute Pflege Geld kostet und die Pflegeversicherung keine Vollkaskoversicherung ist, sondern dass die gesamte Gesellschaft ein Stück weit dazu beitragen kann. Lassen Sie uns deswegen gemeinsam eines der bedeutendsten, aktuellsten und brisantesten Themen, das die Politik derzeit beschäftigt, gemeinsam vorantreiben.

Ich danke auch meinen Vorgängerinnen im Amt, die auf diesem Gebiet bereits viel auf den Weg gebracht haben. Ich danke auch denjenigen noch einmal, die die Interpellation angestoßen und daran gearbeitet haben. Ich danke allen Pflegenden, den stationär, ambulant und häuslich Pflegenden. Ich danke aber auch den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses dafür, dass wir das Pflegethema gemeinsam weiter voranbringen können. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir diese Interpellation als Nachschlagewerk, als Standortbestimmung und auch als Anstoß zur Verfügung haben, die weiteren Herausforderungen in der Pflege zu bearbeiten. Wir konnten bereits viel erreichen, haben aber noch einiges vor uns liegen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Einen kleinen Moment bitte. Es liegt noch eine Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Bauer vor, bitte schön.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, herzlichen Dank für die Ausführungen. Ich verstehe, dass Sie für das Konstrukt der Vereinigung der bayerischen Pflege werben. Sie haben die Bedeutung des Bundes und Ihre erfolgreiche Arbeit im Bund herausgestellt, die ich nicht in Abrede gestellt habe. Ich stelle mir aber an dieser Stelle die Frage: Wie wollen Sie dieses in Deutschland einmalige Konstrukt – die Klammer ist der öffentlich-rechtliche Aspekt, das ist klar –, wie wollen Sie alle anderen Probleme rechtssicher in eine Bundespflegekammer überführen? Wie können Sie dann die anderen 15 Bundesländer davon überzeugen, dieses in Deutschland einmalige Konstrukt in diese Bundespflegekammer umzusetzen? Das geht nur ganz klar über eine Kammer-Lösung. Das ist vorprogrammiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Lieber Herr Kollege Prof. Bauer, auch darüber haben wir uns Gedanken gemacht. Sie wissen vielleicht, dass zum Beispiel die Bundesärztekammer ein eingetragener Verein ist, also eigentlich ein etwas loser Zusammenschluss. Wenn Sie sich anschauen, wie viele Länder sich auf Bundesebene bisher überhaupt aufgemacht haben, im Bereich Kammer oder beim Zusammenschluss der Pflegekräfte etwas voranzubringen, werden Sie feststellen, dass es nicht alle, sondern nur eine Handvoll Bundesländer sind. Auch wenn es klassische Kammern sind, ist diese Handvoll Bundesländer sehr froh, wenn Bayern mit der Vereinigung der bayerischen Pflegekräfte mitwirken und kraftvoll auftreten kann, um das Ganze zu unterstützen.

Ich hatte kürzlich die Möglichkeit, mit dem vorläufigen Präsidenten aus Rheinland-Pfalz zu sprechen. Dieser hat auf meine Aussage hin, ihr seid wahrscheinlich froh,

wenn wir dabei sind, zustimmend genickt. Je mehr zusammenarbeiten, umso besser. Wir haben gute Chancen, auf diesem Gebiet mitwirken zu können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.